

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllringhaus, Berlin.
Telefon: Emil Dörhoff 4196/4195.



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Drahtanschrift: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Einlegung beiderseits 4 Wochen vor dem Druckabschluss, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 14. März 1931

Der Kopffägeraufstand.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

(Von unserm Korrespondenten.)

SPD. Tokio, im März (Eig. Bericht)

Auf Formosa, dem japanischen Kolonialbesitz mit den Kopffägern, gärt es immer noch. Deshalb ist der Kampf gegen den Stamm der Tayal, die wegen der Sitte, ihren Feinden nach dem Kampfe die Köpfe abzuschneiden, Kopffäger genannt werden und die seit 25 Jahren einen ununterbrochenen und erbitterten Kampf gegen die japanische Herrschaft führen, weiter in vollem Gange. Bisher sind alle Anstrengungen zu ihrer Pazifizierung ohne Erfolg geblieben und in den ewigen Guerillakriegen haben bisher nicht weniger als 7000 Japaner ihr Leben eingebüßt.

Während die übrigen Einwohner der Insel sich allmählich der Fremdherrschaft unterworfen haben, setzen die Tayal ihren Widerstand mit einer ungewöhnlichen Entschlossenheit fort. Dabei handelt es sich keineswegs um eine Auseinandersetzung zwischen Barbarei und Zivilisation. Auch in diesem Falle erweisen sich die Wilden als die besseren Menschen, denn im Laufe der jüngsten Revolte haben die Kopffäger zwar alle erwachsenen männlichen Japaner erbarmungslos über die Klinge springen lassen, aber Frauen und Kinder ausnahmslos verschont. Gegenwärtig bemüht sich die japanische Verwaltung ihren Gegnern einen Begriff von ihren Machtmitteln beizubringen. Sie hat eine Expedition von 10 000 Mann mit Flugzeugen in die bisher fast unerforschte Urwaldregion zwischen Mount Morisson und Mount Sylvia entsandt, um die Aufständischen einzukreisen und sie dann durch Flieger mit Bomben belegen zu lassen. Dieser Scherz wird das japanische Volk in einer seiner schwersten Wirtschaftskrisen und einer Zeit unerhörter Arbeitslosigkeit einige hundert Millionen Dollar kosten. Dabei ist noch keineswegs gesagt, dass der von den japanischen Militärs erhoffte Erfolg eintreten wird, denn bis jetzt haben in den unwegsamen Gebirgsurwäldern die modernen Kriegsmittel versagt. Trotz aller Dementis steht fest, dass die gegenwärtigen Unruhen die schlimmsten seit Jahren gewesen sind und dass sie Japan mehrere hundert Menschenleben gekostet haben. Die im Aufstandsgebiet stationierten Soldaten und Polizisten haben fast ausnahmslos ihr Leben eingebüßt und ihre Köpfe räuchern als Trophäen in den Walddörfern ihrer Gegner.

Trotz 25jähriger Kolonisationspraxis steht Japan dem Problem der Pazifizierung der Kopffäger noch immer ratlos gegenüber, obwohl das System ihrer Behandlung in dieser Zeit bereits unzählige Male von einem System ins andere gewechselt hat. Die von den Militärs bei Beginn der Okkupation vertretene Idee ihrer völligen Ausrottung ist zwar aufgegeben worden, allerdings weniger aus Menschlichkeit wie aus militärtechnischen Gründen. Ein entscheidender Feldzug gegen die Tayal würde Japan mindestens ein Jahr lang eine Sonderarmee von mindestens 100 000 Mann mit einem grossen kriegstechnischen Apparat kosten. Aber selbst dann wäre es noch zweifelhaft, ob das humane Ziel erreicht werden würde. Die Politik von Zuckerbrot und Peitsche hat ebenso versagt wie diejenige einer Musterverwaltung. Die Rückkehr zur Politik der brutalen Gewalt bezeugt, dass

das Fiasko der japanischen Kolonisationstätigkeit in Formosa dem der europäischen Kolonialmächte um kein Haar nachsteht. Auch in Formosa handelt es sich keineswegs darum, dass ein Volk mit höherer Zivilisation einem solchen von niedrigerer die Tür zu allen Errungenschaften der Neuzeit aufschliesst und dass sich die blöden Barbaren gegen diesen Segen gewaltsam sträuben. Der Grund für die anhaltenden Unruhen liegt in der Abwehr des ansässigen Elements gegen den Versuch der Neuankömmlinge, ihm die Grundlagen seiner bisherigen materiellen Existenz zu zerstören. Die Tayal sind im Gegensatz zu vielen anderen primitiven Völkern eine zähe und widerstandsfähige Rasse, die sich in rauhem Klima und schwierigen Bedingungen von der Gewinnung des Kamphers und dem Fällen von Edelhölzern in den riesigen Wäldern der Insel ernährt. Diese Beschäftigung erfordert freie Benutzung der Wälder und gestattet nur wenigen Menschen das Leben in einem grossen Gebiet, das von der japanischen Verwaltung systematisch eingeschränkt wird, um Raum für japanische Siedler zu schaffen.

Die Herrschaft Chinas war in dieser Beziehung viel duldsamer und weit-sichtiger. Infolgedessen hatte sie sich nie über derartige Störungen zu beklagen wie sein japanischer Nachfolger. Trotz der chinesischen Nachsichtigkeit ist Formosa chinesisch geworden und hat heute noch eine bedeutende chinesische Kolonie, deren Existenz für Japan ein weit schwierigeres Problem bildet als das der hundertprozentigen Formosaner. Den Stammesverwandten gegenüber ist ein erfolgreicher Wettbewerb beinahe unmöglich, denn gegen sie kann der Kampf nicht mit Polizei und Militär geführt werden, ihre Stärke liegt in der höheren kulturellen und ökonomischen Leistung. Hierbei erweisen sich die Söhne des Himmlischen Reichs denen des Reiches der Aufgehenden Sonne als die bei weitem Ueberlegenen. Sie sind genügsam, fleissig und im Laufe der Jahrhunderte zu ein sesshaften Element geworden, während der Japaner sich auf Formosa als Gebieter eines seiner Macht unterworfenen Koloniallandes fühlt und nur darauf bedacht ist, mit wenig Arbeit schnell grosse Reichtümer zu machen, um so bald als möglich als kleiner Nabob in die Heimat zurückzukehren.

Die guten Eigenschaften des Japaners, die ihn überall dort zum furchtbaren Konkurrenten des weissen Mannes machen, wo er als friedlicher Einwanderer auftritt, gehen ihm in Formosa völlig verloren, weil er nicht mehr auf seine natürlichen Eigenschaften vertraut und als Herr auftritt, anstatt sich zu eigener Arbeit zu bequemen. In dieser Hinsicht ist der Fall Formosa ein klassischer Beweis dafür, dass die Schuld für das Versagen Japans auf das System der kapitalistischen Kolonialpolitik fällt, die die Leistungsfähigkeit aller Völker ohne Unterschied der Rasse zu konstruktiver Aufbauarbeit zerstört, wenn sie sich beim Kampf ums Dasein ausserhalb der Heimat auf nichts anderes verlassen als auf die militärischen Machtmittel des Mutterlandes.

SPD. Paris, 14. März (Eig. Drahtb.)

Die parlamentarische Untersuchungskommission im Oustric-Skandal hat am Sonnabend den ehemaligen Innenminister Durand vernommen. Durand ist seinerzeit mit Oustric im Finanzministerium vorstellig geworden, um eine strafgerichtliche Verfolgung gegen die Bank abzuwenden. Jetzt erklärt Durand, dass er sich zu den Vorstellungen verpflichtet gefühlt habe, weil Oustric aus seinem Wahlkreis stamme. Ausserdem habe er nichts weiter getan, als Oustric den zuständigen Dienststellen im Finanzministerium vorzustellen. Irgendwelche Geschäfte habe er mit Oustric nicht getrieben. Oustric habe ihm "nur einmal" für ein kartographisches Werk über sein Heimatdepartement eine Spende gegeben.

SPD. München, 14. März (Eig. Drahtb.)

Hitler will seinen Nazistudenten erhebliche Geldmittel verschaffen, damit sie vom nächsten Semester an ihren Terror an den Hochschulen planmässiger und grosszügiger als bisher entfalten können. Zu diesem Zweck hat er einen neuen Verein gegründet, in dem in erster Linie die alten Herren der Akademikerschaft sammeln sollen, um durch sogenannte Kampfspenden die Gehälter für die Kreisleiter und Hochschulgruppenführer der Nazis aufzubringen. Irgendwelche Rechte werden den Vereinsmitgliedern nicht eingeräumt, sie haben nur die Pflicht, zu zahlen. Der neue Verein ist eine Sonderabteilung des in München eingetragenen nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins, besitzt aber keine eigene Rechtspersönlichkeit. Einziger Vorstand des nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins ist laut Vereinsregister Adolf Hitler.

Merkwürdigerweise ist der neue Verein im Grundbuche auch als Besitzer des Parteipalastes in der Briennerstrasse eingetragen.

SPD. Der Einspruch des Reichsrats gegen die Wiedereinführung der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr hat eine doppelte Bedeutung. Er zeigt, dass für Massnahmen, die der Erleichterung der Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung dienen, bei den Ländern kein grosses Verständnis vorhanden ist. Er zeigt aber auch, dass bei den schwebenden politischen Entscheidungen die Haltung des Reichsrats mindestens von der gleichen Bedeutung ist wie die des Reichstags.

Lediglich die preussische Regierung setzte sich dafür ein, dass der Beschluss des Reichstags die Zustimmung des Reichsrats findet. Mit Bayern, Württemberg, Thüringen und anderen reaktionär regierten Ländern stimmte aber auch Sachsen trotz der besonderen Notlage seiner Bevölkerung gegen die zollfreie Gefrierfleischeinfuhr. Da Sachsen über sieben Stimmen im Reichsrat verfügt, so lag bei ihm die Entscheidung. Die Zusammensetzung der jetzigen sächsischen Regierung trägt also in erster Linie die Verantwortung für den ablehnenden Beschluss des Reichsrats. Er hat zur Folge, dass der Reichstag sich nun zum zweiten Mal mit der Angelegenheit beschäftigen muss. Kommt eine Zweidrittelmehrheit zustande, so wird damit der Einspruch des Reichsrats wirkungslos. Da die Zulassung der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr im Reichstag aber von einer Mehrheit beschlossen wurde, die fast nur aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestand, so ist bei dem heftigen Widerstand der Agrarier nicht damit zu rechnen, dass diese Zweidrittelmehrheit zustande kommt.

So bedauerlich der Beschluss des Reichsrats ist, so klar kennzeichnet er die politische Bedeutung dieser Körperschaft. Obwohl Sozialdemokraten und Kommunisten nach dem Auszug von Deutschnationalen und Nazis aus dem Reichstag eine Mehrheit haben, sind sie dennoch nicht imstande, ihren Willen durchzusetzen. Da in den meisten Ländern reaktionäre Regierungen am Ruder sind, so muss immer damit gerechnet werden, dass der Reichsrat die Zustimmung zu solchen Beschlüssen des Reichstags verweigert. Die preussische Regierung allein kann daran nichts ändern, da sie nur über etwa ein Fünftel der Stimmen im Reichsrat verfügt.

SPD. Essen, 14. März (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zu Sonnabend wurden an einer Bahnüberführung auf 15 Nationalsozialisten, die nach Kray marschierten, von unbekanntem Tätern 2 Salven abgegeben, insgesamt etwa 20 Schuss. Ein 19jähriger Nationalsozialist brach in den Kopf getroffen, lebensgefährlich verletzt zusammen. Er ist am Sonnabendmittag, ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben, gestorben. Vermutlich liegen der Tat politische Motive zugrunde.

Für die Ermittlung der Täter hat der Regierungspräsident in Düsseldorf eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

SPD. Rom, 14. März (Eig. Drahtb.)

Der italienische Aussenminister Grandi sprach am Sonnabend-Abend im Parlament über die italienische Aussenpolitik und das französisch-italienische Flottenabkommen.

Das endlich zustandegebrachte Abkommen sei - so führte Grandi aus - ein Sieg des gesunden Menschenverstandes; denn sonst wäre es zu einem unerhörten Wettkampf in den Seerüstungen gekommen. Es bedeute eine Verminderung der geplanten Rüstungen um mehr als ein Drittel. Gleichzeitig sei die notwendige Atmosphäre für die Lösung anderer, ebenso wichtiger Probleme geschaffen, die den Frieden Europas und der Welt angehen. Es sei undenkbar, dass Italien und Frankreich nicht auch in anderen Fragen den Boden für eine freundschaftliche Verständigung finden sollten. Im übrigen bedeute das Flottenabkommen den glücklichsten Beginn der Abrüstungskonferenz. An ihr seien auch alle anderen Staaten interessiert, und zwar unter gleichberechtigten Bedingungen. Die Probleme der Abrüstung zu Lande und in der Luft seien von dem Flottenabkommen nicht berührt. Es zeige aber den Weg zu der notwendigen Verringerung aller Rüstungen insgesamt. Darin folge die italienische Regierung ganz dem Genfer Appell Hendersons.

In grossen Zügen rühmte Grandi dann die auswärtige Politik Italiens in den letzten neun Jahren. Die Reparationszahlungen Deutschlands seien als das Problem zu betrachten, das vielleicht die schwerste Ursache für die wirtschaftliche und politische Krise Europas sei. Italien habe den besiegten Nationen zuerst die Hand gereicht. Denn das sei die einzige Art, einen dauerhaften Frieden zu sichern. Man müsse vielmehr ihre Lebensbedingungen erleichtern, diese Völker wieder zum Wohlergehen und zum Vertrauen zu sich selber bringen. Das sei für ganz Europa zum Vorteil. Jede ungerechte Trennung zwischen Siegerstaaten und Besiegten müsse aufhören.

Grandi schloss mit einem Appell für die Solidarität der europäischen Staaten, die in dieser Wirtschaftskrise notwendiger denn je sei. Deshalb unterstütze Italien auch den Europaplan Briands, aber mit der Forderung nach allgemeiner Gleichberechtigung und internationaler Gerechtigkeit. Das System der Militärbündnisse sei nur ein negatives Element zur Erhaltung des Friedens.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: "Die von den Nationalsozialisten zu Montag den 16. März 1931 angekündigte Versammlung, in der Dr. Goebbels als Redner auftreten soll, wird als eine unfriedliche angesehen und deshalb polizeilich verhindert werden.

SPD. Paris, 14. März (Eig. Drahtb.)

In den Kreisen der Regierungsparteien triumphiert man über den jüngsten Kammersieg Lavals bei der Abstimmung über das Budget und versichert, dass sein Kabinett nun ohne Gefahr bis zum 13. Mai, dem Wahltag für den Nachfolger des Präsidenten der Republik Doumergue, am Ruder bleiben kann.

Unterdessen hat die Debatte über die aussichtsreichen Kandidaten für den höchsten Posten der Republik bereits leidenschaftlich begonnen. Doumergue, dem man von verschiedenen Seiten nahegelegt hat, wieder zu kandidieren, scheint keine grosse Lust dazu zu verspüren, obwohl sowohl Tardieu als auch der kranke Poincaré noch dieser Tage entschieden auf ihn einzuwirken suchten. Auch Aussenminister Briand hat es bisher abgelehnt, seine Kandidatur aufzustellen. Um so eifriger betätigt sich z. Zt. Senatspräsident Doubert in der Rolle eines Präsidenten der Versöhnung und der Duldsamkeit. Ausserdem gilt nur noch der ehemalige Finanzminister Chéron als Kandidat.

SPD. Stralsund, 14. März (Eig. Drahtb.)

In dem kleinen pommerschen Städtchen Richtenberg steht die Arbeiterschaft seit Tagen gegen die nationalsozialistische Geschäftswelt in einem harten, aber erfolgreichen Abwehrkampf.

In Richtenberg war es durch unerhörte Provokationen der Nationalsozialisten zu blutigen Exzessen gekommen. Eine grossaufgezogene Hetze führte schliesslich zur Verhaftung mehrerer Landarbeiterführer, die aber bald wieder freigelassen werden mussten. Um alle Schuld von sich abzuwälzen, beriefen die Nationalsozialisten gemeinsam mit dem Bürgertum eine Protestversammlung gegen den "Roten Terror" ein, in deren Verlauf eine Entschliessung der Geschäftsleute zur Annahme gelangte, in der schärfster Protest gegen das "unerhörte Treiben der roten Arbeiterschaft" erhoben wurde. Empört über dieses Verhalten des Bürgertums rief die Sozialdemokratie mit anderen Organisationen zu einer Gegenversammlung auf. In dieser Kundgebung erklärten verschiedene Geschäftsleute, dass sie das Vorgehen der Innungen und sonstigen bürgerlichen Organisationen nicht billigten und fest zur Arbeiterschaft ständen. Schliesslich wurde eine Entschliessung angenommen, in der aufgefordert wird, nur bei Geschäftsleuten zu kaufen, die sich an der Naziversammlung mit ihrer Entschliessung nicht beteiligt hatten. Einem Ueberwachungsdienst lag es ob, genau darüber zu wachen, dass die Entschliessung von der Arbeiterschaft durchgeführt wurde. Gleichzeitig wurden die Namen der Nazi-Geschäftsleute, die es gewagt hatten, sich als Feinde der Arbeiterschaft zu bezeichnen, öffentlich bekannt gegeben.

Die Schlächter von Richtenberg hatten sich restlos an der Naziversammlung beteiligt. Ihnen galt deshalb vor allem die Entschliessung der Arbeiterschaft. Aus diesem Grunde wurde von den Arbeiterorganisationen ein Schlächtermeister aus dem benachbarten Städtchen Franzburg mit der Lieferung von Fleisch- und Wurstwaren nach Richtenberg beauftragt. Alle Fleischwaren, die sonst bei den Richtenberger Metzgern gekauft worden sind, werden nunmehr schon seit Tagen von dem Franzburger Metzgermeister geliefert. Auch alle übrigen Geschäftsleute die sich an der Naziversammlung beteiligt hatten, werden boykottiert und von der Arbeiterschaft übergangen; man grüsst sie nicht einmal mehr. So haben sich in Richtenberg Verhältnisse entwickelt, an die das Bürgertum nie geglaubt hat. Mit Angst und Schrecken sehen die Spiessbürger der Zukunft entgegen.

Die Arbeiterschaft aber hat wieder einmal Zeugnis davon abgelegt, dass in der Geschlossenheit ihre Stärke liegt, und sie sehr wohl in der Lage ist, bei einigem guten Willen ihre Feinde zu überwinden.

SPD. Hermann Müller-Franken hat sich am Sonnabend-Abend einer Operation unterzogen, die gut verlaufen ist. Die behandelnden Ärzte teilen darüber folgendes mit :

Nach der am Sonnabend morgen eingetretenen Besserung des Allgemeinbefindens wurde der operative Eingriff bei Reichskanzler a.D. Müller abends planmässig ausgeführt. Es wurden ein grosser Abzess, in der und um die Gallenblase, und sehr viele Steine entleert. Der Patient befindet sich wohl.

Borchardt, Sauerbruch, Zendeck, Dr. Heyn.

SPD. Köln, 14. März (Eig. Drahtb.)

Die Stadt Köln scheint mit anderen Städten des Westens zusammen das Opfer eines riesenhaften Finanzschwindels geworden zu sein, dessen Ausmasse bis heute und auch in der nächsten Zukunft kaum zu übersehen sein dürften.

Bei der Stadt Köln war bisher ein Oberstadtsekretär namens Froehling tätig, der aus der Militäranwärter-Laufbahn hervorgegangen und beim Finanzamt der Stadt in wichtige Geschäfte finanzpolitischer Art eingeweiht war. Nach dem

Kriege hatte die Stadt Köln, wie die meisten anderen Grosstädte, auch noch eine Reihe alter Anleihen der Vorkriegszeit abzulösen. Es dürfte sich insgesamt um eine Summe von weit über 100 Millionen Mark gehandelt haben. Nach der Inflation kam das Aufwertungsgesetz, das die Altanleihebesitzer in der Aufwertung bevorzugt behandelt. Ähnlich, wie es beim seinerzeitigen Stinnes-Prozess aufgedeckt wurde, ist der Schwindel auch in Köln betrieben worden. Es muss sich ein Konsortium gebildet haben, von dem Spuren teils nach Holland, teils nach Dresden führen, um die Städte zu prellen, indem man Anleihe-Neubesitz für Anleihe-Altbesitz vorwies. Das Konsortium scheint geradezu nach einem geographisch genau festgelegten Plan gearbeitet zu haben, nachdem das Reich bereits einmal ausgeplündert war und für die Anleihe-Grosschieber der Weizen nicht mehr so recht blühte.

Oberstadtsekretär Froehling ist von der Kriminalpolizei bereits vernommen worden. Als er nach seiner Vernehmung in das Gefängnis gebracht werden sollte, gelang es ihm zu entfliehen. Man ist seiner bisher nicht wieder habhaft geworden. Auch seine Frau, die eine Ausländerin ist, ist nicht aufzufinden.

SPD. Paris, 14.März (Eig.Drahtb.)

Der frühere Fliegerhauptmann Goulette, der vor wenigen Wochen einen Geschwindigkeitsflug von Paris nach Indochina unternommen hatte, hat am Sonnabend gleichen Versuch zu einem Flug nach Madagaskar begonnen. Er startete kurz nach 3 Uhr nachts mit einem dreimotorigen Goliath-Flugzeug vom Flugplatz Le Bourget aus. Mittags um 1 Uhr musste er jedoch in Oran notlanden, weil die atmosphärischen Verhältnisse zum Weiterflug zu ungünstig waren.

SPD. Hamburg, 14.März (Eig.Drahtb.)

Die Leitung der Hamburger Polizei hat ausser gegen den Oberwachtmeister Pohl, der das Attentat auf Regierungsrat Lassally beging, noch gegen den Oberwachtmeister Möller, ebenfalls wegen Betätigung im Sinne der Nationalsozialisten, ein Verfahren eingeleitet. Von einem Verfahren gegen eine ganze Gruppe von Polizeibeamten kann jedoch keine Rede sein. Als Pohl den Schuss auf Lassally abgab, sass Möller in dessen Vorzimmer. Er war ebenfalls zur Vernehmung geladen und hatte ebenfalls einen geladenen Dienstrevolver bei sich.

Pohl, der übrigens zugibt, dass er Lassally töten wollte und dieses Vorhaben nur nicht ausführen konnte, weil nach dem ersten Schuss seine Pistole versagte, war früher in der rechtsradikalen Bewegung tätig. Er ist während seiner Dienstzeit als Polizeibeamter wiederholt wegen alkoholischer Exzesse verwarnt worden.

SPD. New York, 14.März (Eig.Drahtb.)

In Palmbeach (Florida) verübte eine Verbrecherbande einen tollkühnen Raubüberfall auf die Zweigstelle einer bekannten New Yorker Juwelenfirma. Die Verbrecher erbeuteten Juwelen im Werte von über 1 Million Dollar. Sie entführten den Vertrauensmann des Juwelenhauses und erzwangen von ihm den Tresorschlüssel.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 14. März (Eig. Bericht).

Der Reichstag begann am Sonnabend seine Sitzung um 10 Uhr vormittags. Zur Beratung stand zunächst der Gesetzentwurf über das Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930. Es handelt sich um einen Zollwaffenstillstand mit Belgien, Luxemburg, Finnland, Griechenland, Italien, Lettland, Schweden, Schweiz, Grossbritannien, Dänemark, Norwegen und die Niederlande.

Wie die sozialdemokratische Abgeordnete Toni Sender als Berichterstatterin ausführte, bringt das Abkommen eine Bindung zwischen den Signatarmächten auf 6 Monate, in welcher Zeit sie keinerlei Zölle erhöhen wollen. Künftig läuft das Abkommen stillschweigend 6 Monate weiter. Vor jeder Zollerhöhung sollen Verhandlungen aufgenommen werden. Alle etwaigen Zollerhöhungen sollen erst 20 Tage nach der Ankündigung in Kraft gesetzt werden dürfen. Die Berichterstatterin wies ferner darauf hin, dass Deutschlands Ausfuhr nach den in den Vertrag einbezogenen Staaten im Jahre 1929 2,6 Milliarden, im Jahre 1930 3,2 Milliarden betragen habe. Das Abkommen habe den Zweck, die handelspolitische Grundlage dieser Handelsbilanz zu erhalten. Im Ausschuss seien von der Landwirtschaft grosse Bedenken geltend gemacht worden, weil das Abkommen während seiner Dauer die Kündigung von Handelsverträgen nicht zulasse.

Der Kommunist Hörnle bedauerte die Halbheit des Abkommens, da trotz allem noch Zollerhöhungen möglich seien. Die Kommunisten würden aber dennoch für das Abkommen stimmen. Gegen das Abkommen polemisierten der Bayerische Volksparteiler Gerauer und der Landvolk-Abgeordnete Hemeter. Der Wirtschaftsparteiler Freybe sprach sich ebenfalls gegen das Zollfriedensabkommen aus, ebenso Graf Westarp von den Volkskonservativen. Er beantragte, die Vorlage dem Auswärtigen Ausschuss zu überweisen. Dieser Antrag wurde abgelehnt und das Abkommen in zweiter Lesung gegen die Stimmen des Landvolks, der Wirtschaftspartei, der Christlich-Sozialen, der Volkskonservativen, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes angenommen.

Es wurde dann die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt. Der Landvolk-Abgeordnete Freiherr von Stauffenberg begrüßte es, dass der Reichsarbeitsminister Stegerwald den Mut zum Lohnabbau gehabt habe. Sehr kritisch sprach der Bayerische Volksparteiler Schwarzer. Er warf die Frage auf, ob die kapitalistische Wirtschaftsweise noch im vollen Umfange aufrecht erhalten werden könne. Der heutigen Wirtschaftsführung fehle die vom Papst Leo XIII. in seiner Enzyklika vor 40 Jahren geforderte christliche Nächstenliebe und die Achtung vor der Menschenwürde. Die Unzufriedenheit sei nicht nur bei den Arbeitern und Angestellten, sondern auch im Mittelstand und bei der Bauern ungeheuer gross. Die Nationalsozialisten und die Hugenberg-Partei hätten für den Schutz der notleidenden Stände bisher nichts gehabt, als leere Versprechungen. Der Staatspartei Schneider verlangte, dass durch Gesetzgebung ein Druck auf die Arbeitsstreckung ausgeübt werde. Zu erwägen sei, ob man den Erlös für Ueberstunden nicht voll den Erwerbslosen zuführen solle. Die Angestellten, auch soweit sie noch in Stellung seien, lebten in einer schweren seelischen Depression, weil sie ständig mit dem Kündigungsbrief rechnen müssten.

Reichsarbeitsminister Stegerwald ging dann auf eine Reihe von Rednern zu seinem Haushalt ein. Er ging davon aus, dass Deutschland und England allein ihre alte Währung behalten hätten; alle anderen europäischen Länder hätten eine minderwertige Währung und seien deshalb im internationalen Wettbewerb im Vorteil. Als die Kommunisten hier Zurufe gegen die Gewerkschaften machten, wurden sie von mehreren Sozialdemokraten darauf verwiesen, dass gerade kommunistische Betriebsräte Lohnabbaumassnahmen bis zu 15 v.H. zugestimmt hätten. Stegerwald rechnete aus, dass den 435 Millionen, die der Sozialhaushalt weniger Ausgaben enthält, etwa 400 Millionen Mark gegenüber stehen, die das Unternehmertum

Kriege hatte die Stadt Köln, wie die meisten anderen Grosstädte, auch noch eine Reihe alter Anleihen der Vorkriegszeit abzulösen. Es dürfte sich insgesamt um eine Summe von weit über 100 Millionen Mark gehandelt haben. Nach der Inflation kam das Aufwertungsgesetz, das die Altanleihebesitzer in der Aufwertung bevorzugt behandelt. Ähnlich, wie es beim seinerzeitigen Stinnes-Prozess aufgedeckt wurde, ist der Schwindel auch in Köln betrieben worden. Es muss sich ein Konsortium gebildet haben, von dem Spuren teils nach Holland, teils nach Dresden führen, um die Städte zu prellen, indem man Anleihe-Neubesitz für Anleihe-Altbesitz vorwies. Das Konsortium scheint geradezu nach einem geographisch genau festgelegten Plan gearbeitet zu haben, nachdem das Reich bereits einmal ausgeplündert war und für die Anleihe-Grosschieber der Weizen nicht mehr so recht blühte.

Oberstadtsekretär Froehling ist von der Kriminalpolizei bereits vernommen worden. Als er nach seiner Vernehmung in das Gefängnis gebracht werden sollte, gelang es ihm zu entfliehen. Man ist seiner bisher nicht wieder habhaft geworden. Auch seine Frau, die eine Ausländerin ist, ist nicht aufzufinden.

SPD. Paris, 14.März (Eig.Drahtb.)

Der frühere Fliegerhauptmann Goulette, der vor wenigen Wochen einen Geschwindigkeitsflug von Paris nach Indochina unternommen hatte, hat am Sonnabend den gleichen Versuch zu einem Flug nach Madagaskar begonnen. Er startete kurz nach 3 Uhr nachts mit einem dreimotorigen Goliath-Flugzeug vom Flugplatz Le Bourget aus. Mittags um 1 Uhr musste er jedoch in Oran notlanden, weil die atmosphärischen Verhältnisse zum Weiterflug zu ungünstig waren.

SPD. Hamburg, 14.März (Eig.Drahtb.)

Die Leitung der Hamburger Polizei hat ausser gegen den Oberwachtmeister Pohl, der das Attentat auf Regierungsrat Lassally beging, noch gegen den Oberwachtmeister Möller, ebenfalls wegen Betätigung im Sinne der Nationalsozialisten, ein Verfahren eingeleitet. Von einem Verfahren gegen eine ganze Gruppe von Polizeibeamten kann jedoch keine Rede sein. Als Pohl den Schuss auf Lassally abgab, sass Möller in dessen Vorzimmer. Er war ebenfalls zur Vernehmung geladen und hatte ebenfalls einen geladenen Dienstrevolver bei sich.

Pohl, der übrigens zugibt, dass er Lassally töten wollte und dieses Vorhaben nur nicht ausführen konnte, weil nach dem ersten Schuss seine Pistole versagte, war früher in der rechtsradikalen Bewegung tätig. Er ist während seiner Dienstzeit als Polizeibeamter wiederholt wegen alkoholischer Exzesse verwarnt worden.

SPD. New York, 14.März (Eig.Drahtb.)

In Palmbeach (Florida) verübte eine Verbrecherbande einen tollkühnen Raubüberfall auf die Zweigstelle einer bekannten New Yorker Juwelenfirma. Die Verbrecher erbeuteten Juwelen im Werte von über 1 Million Dollar. Sie entführten den Vertrauensmann des Juwelenhauses und erzwangen von ihm den Tresorschlüssel.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 14. März (Eig. Bericht)

Der Reichstag begann am Sonnabend seine Sitzung um 10 Uhr vormittags. Zur Beratung stand zunächst der Gesetzentwurf über das Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930. Es handelt sich um einen Zollwaffenstillstand mit Belgien, Luxemburg, Finnland, Griechenland, Italien, Lettland, Schweden, Schweiz, Grossbritannien, Dänemark, Norwegen und die Niederlande.

Wie die sozialdemokratische Abgeordnete Toni Sender als Berichterstatterin ausführte, bringt das Abkommen eine Bindung zwischen den Signatarmächten auf 6 Monate, in welcher Zeit sie keinerlei Zölle erhöhen wollen. Künftig läuft das Abkommen stillschweigend 6 Monate weiter. Vor jeder Zollerhöhung sollen Verhandlungen aufgenommen werden. Alle etwaigen Zollerhöhungen sollen erst 20 Tage nach der Ankündigung in Kraft gesetzt werden dürfen. Die Berichterstatterin wies ferner darauf hin, dass Deutschlands Ausfuhr nach den in den Vertrag einbezogenen Staaten im Jahre 1929 2,6 Milliarden, im Jahre 1930 3,2 Milliarden betragen habe. Das Abkommen habe den Zweck, die handelspolitische Grundlage dieser Handelsbilanz zu erhalten. Im Ausschuss seien von der Landwirtschaft grosse Bedenken geltend gemacht worden, weil das Abkommen während seiner Dauer die Kündigung von Handelsverträgen nicht zulasse.

Der Kommunist Hörnle bedauerte die Halbheit des Abkommens, da trotz allem noch Zollerhöhungen möglich seien. Die Kommunisten würden aber dennoch für das Abkommen stimmen. Gegen das Abkommen polemisierten der Bayerische Volksparteiler Gerauer und der Landvolkabgeordnete Hemeter. Der Wirtschaftsparteiler Freybe sprach sich ebenfalls gegen das Zollfriedensabkommen aus, ebenso Graf Westarp von den Volkskonservativen. Er beantragte, die Vorlage dem Auswärtigen Ausschuss zu überweisen. Dieser Antrag wurde abgelehnt und das Abkommen in zweiter Lesung gegen die Stimmen des Landvolks, der Wirtschaftspartei, der Christlich-Sozialen, der Volkskonservativen, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes angenommen.

Es wurde dann die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt. Der Landvolk-Abgeordnete Freiherr von Stauffenberg begrüßte es, dass der Reichsarbeitsminister Stegerwald den Mut zum Lohnabbau gehabt habe. Sehr kritisch sprach der Bayerische Volksparteiler Schwarzer. Er warf die Frage auf, ob die kapitalistische Wirtschaftsweise noch im vollen Umfange aufrecht erhalten werden könne. Der heutigen Wirtschaftsführung fehle die vom Papst Leo XIII. in seiner Enzyklika vor 40 Jahren geforderte christliche Nächstenliebe und die Achtung vor der Menschenwürde. Die Unzufriedenheit sei nicht nur bei den Arbeitern und Angestellten, sondern auch im Mittelstand und bei der Bauern ungeheuer gross. Die Nationalsozialisten und die Hugenberg-Partei hätten für den Schutz der notleidenden Stände bisher nichts gehabt, als leere Versprechungen. Der Staatspartei Schneider verlangte, dass durch Gesetzgebung ein Druck auf die Arbeitsstreckung ausgeübt werde. Zu erwägen sei, ob man den Erlös für Ueberstunden nicht voll den Erwerbslosen zuführen solle. Die Angestellten, auch soweit sie noch in Stellung seien, lebten in einer schweren seelischen Depression, weil sie ständig mit dem Kündigungsbrief rechnen müssten.

Reichsarbeitsminister Stegerwald ging dann auf eine Reihe von Rednern zu seinem Haushalt ein. Er ging davon aus, dass Deutschland und England allein ihre alte Währung behalten hätten; alle anderen europäischen Länder hätten eine minderwertige Währung und seien deshalb im internationalen Wettbewerb im Vorteil. Als die Kommunisten hier Zurufe gegen die Gewerkschaften machten, wurden sie von mehreren Sozialdemokraten darauf verwiesen, dass gerade kommunistische Betriebsräte Lohnabbaumassnahmen bis zu 15 v.H. zugestimmt hätten. Stegerwald rechnete aus, dass den 435 Millionen, die der Sozialhaushalt weniger Ausgaben enthält, etwa 400 Millionen Mark gegenüber stehen, die das Unternehmertum

allein durch erhöhte $1\frac{1}{2}$ % der Arbeitslosenversicherung aufbringen müsse. Die Sanierung der Knappschaft sei dringend. Das Reich könne aber nicht allein die 85 bis 100 Millionen Mark aufbringen. Seine Absicht gehe dahin, dass das Reich die Hälfte der erwähnten Summe trage. Die Invalidenversicherung, die Angestellten und schliesslich auch die Bergleute sollten gemeinsam die andere Hälfte aufbringen. Jedenfalls könne man den Bergleuten keine Kürzung ihrer Renten zumuten. Die deutsche Wirtschaft sei im Verhältnis zum Ausland gewaltig belastet: 3 Milliarden Mark für Erwerbslose, 1 Milliarde Mark für ausländischen Zinsendienst, 1 Milliarde für überhöhte Inlandszinsen, 1,9 Milliarden Pensionshaushalt, 1,4 Milliarden für Kriegsbeschädigte, 1 Milliarde Mark für sonstige Kriegsverluste. Aus dem Reichshaushalt flössen an die Länder 3,2 Milliarden, für Reparationen und Liquidationsschäden würden 2,1 Milliarden ausgegeben, für Schuldzinsen und Schuldentilgung 900 Millionen Mark. Von den im Reichshaushalt verbleibenden 4,2 Milliarden würden allein für das Reichsarbeitsministerium 2,6 Milliarden aufgewendet.

Der Sozialdemokrat Gerlach nahm sich in längerer Rede der Gemeinden an. Immer wieder habe die Sozialdemokratie auf die katastrophalen Folgen hingewiesen, wenn die gemeindliche Wohlfahrtspflege mehr und mehr mit der Fürsorge für die ausgesteuerten Erwerbslosen, die sogenannten Wohlfahrts-Erwerbslosen belastet werden. In Düsseldorf betrage der Anteil der Barleistungen für Wohlfahrts-Erwerbslose an den gesamten Wohlfahrtslasten im Jahre 1927 = 36,5 v.H., 1928 = 51 v.H., 1930 = 70 v.H. Die Gesamtwohlfahrtslasten in Düsseldorf seien von $4\frac{1}{2}$ Millionen im Jahre 1927 auf 12 Millionen im Jahre 1930 gestiegen. Die Gesamtzahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Deutschland sei von rund 300 000 im Januar 1930 auf 900 000 Ende Februar 1931 gestiegen. Der Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres habe kürzlich erklärt, dass die Wohlfahrtsunterstützungen überhaupt eingestellt werden müssten, wenn die Gemeinden keine finanzielle Entlastung erführen. Der Arbeitsminister dürfe sich durch die kurzsichtigen Einwände der Volkspartei nicht hindern lassen, auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung schleunigst das Nötige zu tun. Gerlach forderte schliesslich die Annahme der sozialdemokratischen Anregungen auf eine gemeinsame Arbeitslosenfürsorge und entsprechende Verteilung der Lasten auf Reich, Länder und Gemeinden. Weiterberatung Montag.

SPD. München, 14. März (Eig. Drahtb.)

Die "Neue Zeitung", das einzige kommunistische Blatt in Bayern wurde von der Münchener Polizeidirektion auf drei Wochen bis einschliesslich 6. April verboten. Anlass zu dem Verbot gaben zwei Artikel der Zeitung mit angeblich hochverräterischem Inhalt, darunter eine Rede, die Lenin im Jahre 1908 in Genf zur Erinnerung an die Pariser Kommune gehalten hat. -

Eine kommunistische Parteischule, die seit einer Woche in München unterrichtet wurde, wurde von der Polizeidirektion ausgehoben. 53 Teilnehmer wurden verhaftet, nach ihrer Vernehmung jedoch wieder freigelassen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

aus aller Welt

Morde um Versicherungsprämien.

Erich Tetzner und sein Schüler - Wenn ein Selbstmörder die Lust am Tode verliert - Das Drama eines italienischen Arztes.

SPD. In allernächster Zeit kommen mehrere Prozesse zur Verhandlung, deren sachlicher Tatbestand zwar voneinander abweicht, die aber doch innerhalb ähnlich geartet sind. Es handelt sich um drei Versicherungsmorde: erstens um die beiden Fälle des Regensburger Versicherungsmörders Tetzner, zweitens um den Fall des ostpreussischen ehemaligen Volksschullehrers Saffran und drittens um einen Versicherungsdoppelmord in Italien, der gleichfalls des Aussergewöhnlichen genug bietet. Die Duplizität der Fälle Tetzner und Saffran ist kein blosser Zufall: bei seiner Verhaftung erklärte Saffran, dass er zu seinem Verbrechen durch das Tetzner'sche "Vorbild" angeregt worden sei. In beiden Fällen ermordeten die Angeklagten ein unschuldiges Opfer, verbrannten die Leiche und versuchten auf diese Weise, der Mitwelt den eigenen Tod vorzuspiegeln, während die Angehörigen sich die hohen Versicherungssummen auszahlen lassen sollten, um den "Toten" ins Ausland, in das sie inzwischen flüchten wollten, zu folgen. Aber sowohl Tetzner als auch Saffran konnten vorzeitig verhaftet werden. Der italienische Fall ist etwas anders, aber nicht weniger grausig gelagert.

Absturz?

Ueber die Einzelheiten des italienischen Falles, der von ganz besonderer Tragik ist, meldet unser römischer Korrespondent folgendes: Der junge Doktor Mazzari aus Mailand wurde vor einiger Zeit nebst seiner Geliebten, der früheren Hausangestellten Bernard, tot in den Bergen am Corni di Canzo aufgefunden. Die Leichen waren indessen zu Skeletten zerfallen. Es fiel gleich auf, dass sie nicht, wie sonst bei einem gemeinsamen Absturz, dicht beieinander lagen, sondern an zwei verschiedenen Stellen der gleichen Berggegend. Bei der Versicherungsgesellschaft, bei der sich Dr. Mazzari ganz kurze Zeit vor seinem Tode hatte versichern lassen, meldeten ausser der Frau und den Kindern, die auf 200 000 Lire versichert waren, auch zwei Vettern ihre Ansprüche an, und zwar in Höhe von 850 000 Lire (fast 200 000 Mark). Die Versicherungsgesellschaft wollte diesen Betrag nicht ohne weiteres an die Vettern, die Industriellen Magni und Balconi aus Monza bei Mailand auszahlen. Der Verdacht des Selbstmordes hätte für diese Weigerung nicht genügt, denn in den Versicherungsvertrag war die Bestimmung aufgenommen worden, dass auch in solchem Falle die Lebensversicherung hätte ausbezahlt werden müssen. Aber es war aufgefallen, dass Dr. Mazzari garnicht in der Lage war, selber die hohen Versicherungsraten zu zahlen. Die waren stets, wie festgestellt wurde, von den beiden Vettern eingezahlt worden, in deren Interesse die Hauptsumme der Versicherung abgeschlossen war. Lange Untersuchungen gingen hin und her. Die beiden Industriellen wurden verhaftet. Jetzt kam durch das Geständnis des einen der beiden, des Industriellen Balconi der wahre Sachverhalt heraus.

Lebenslust wider die Verabredung.

Dr. Mazzari hatte mit seinen Vettern davon gesprochen, dass er sich ernsthaft mit Selbstmordabsichten trage. Da hatten die Vettern ihm vorgeschlagen, sich doch, wenn er wirklich ein Ende machen wolle, vorher zu ihren Gunsten versichern zu lassen; für seine Frau und die beiden Kinder könne er, auf ihre Kosten gleichzeitig sorgen: mit 200 000 Lire. Dr. Mazzari ging darauf ein. Die Versicherung wurde abgeschlossen und von den Vettern bezahlt. Aber seine Le-

benslust schien darauf wiederzulehren. Er hatte Liebschaften, zuletzt mit der erwähnten Hausangestellten und den habgierigen Vettern dauerte es zu lange, bis der Versicherte Selbstmord begehen wollte. Auch waren sie indessen in geschäftliche Schwierigkeiten geraten und wussten kaum, woher die hohen Versicherungsraten jedes Vierteljahr auftreiben. Sie beredeten die Geliebte Mazzaris ihren Geliebten gegen hohe Beteiligung bei einem Ausflug in die Berge zum Absturz zu bringen. Das gelang ihr auch. Sie kehrte zurück und verlangte ihren Sündenlohn. Die Vettern erklärten, sie wollten sich erst an Ort und Stelle davon überzeugen, ob das Mädchen auch wirklich die Tat ausgeführt habe. Sie stiegen mit ihr an die betreffende Stelle hinauf. Aber ihr Plan war fertig: die Mitwisserin sollte erledigt, der Sündenlohn gleichzeitig gespart werden. Sie schleuderten, nicht sehr weit von der Stelle, wo sie ihren Geliebten hinuntergestürzt hatte, die junge Frau in den Abgrund. Jetzt sehen die beiden Industriellen aus Monza ihrer Aburteilung entgegen.

Tetzners "Reisebegleiter".

Der Prozess gegen Tetzner beginnt am 17. März in Regensburg. Der Angeklagte war früher in München wohnhaft, später in Leipzig; als sächsischer Generalvertreter für Unterrichtsbücher war hier indes sein Verdienst nur spärlich. Wirtschaftliche Schwierigkeiten regten ihn zu der verbrecherischen Tat an, vor der ihn seine Frau erst warnte. Tetzner schlug diese Warnungen in den Wind, später machte die Frau auch mit, sehr eifrig sogar; auch sie hat sich jetzt vor dem Gericht zu verantworten. Tetzner liess sich im Oktober 1929 bei vier Versicherungsgesellschaften mit etwa 145 000 Mark gegen tödlichen Unfall versichern der Unfall, auf den er spekulierte, sollte ein Autounfall sein, bei dem in der Tat ein Mensch ums Leben kommen sollte - allerdings ein anderer. Am 26. November 1929 gelang es Tetzner, während einer Autoreise von Leipzig nach München, sich des Nachts zwischen Nürnberg und Regensburg einen Wanderburschen aufzugreifen, den er zur Mitfahrt einlud, nach wenigen Stunden aber im Wagen verbrannte, nachdem Tetzner unter dem Vorwand einer Reparatur ausgestiegen war. Nach mehreren Tagen wurde die aufgefundene Leiche des Wanderburschen in Leipzig als der verstorbene Tetzner bestattet und die Trauer der Frau Tetzner erschien alles andere als geheuchelt... Trotzdem kam das Verbrechen ans Tageslicht und Tetzner konnte verhaftet werden. Er bestreitet allerdings den Wanderburschen ermordet zu haben: der junge Mann sei von ihm versehentlich überfahren und dann erst verbrannt worden. Da es hierfür keine Zeugen gibt, haben die Sachverständigen das entscheidende Wort.

Acht Mal versichert.

Auch dem Prozess gegen Saffran, der am 24. März 1931 in Bartenstein (Ostpreussen) zur Verhandlung kommt, liegt ein abenteuerlicher Tatbestand zugrunde. Der Möbelkaufmann und frühere Volksschullehrer Fritz Saffran hat im September 1930, als er sich in grossen finanziellen Schwierigkeiten befand, gemeinsam mit seinem Geschäftsführer Kiepnick den Melker Dahl aus Königsberg auf offener Landstrasse ermordet, die Leiche in sein Geschäftshaus geschafft und so angezogen, dass man den Toten für Saffran halten sollte. Eine schwere Explosion wurde herbeigeführt, die Wahrheit aber trotzdem nicht umgebracht: Saffran, der sein Leben bei acht verschiedenen Versicherungsgesellschaften in Höhe von etwa 200 000 Mark versichert hatte, wurde in Wittenberge verhaftet; er war auf dem Wege von Berlin nach Hamburg, um sich dort nach Südamerika einzuschiffen, aber ein Bekannter aus Kastenburg hatte ihn erkannt.

+ + +
Sensationelle Gräberfunde. In einem Tal in der Nähe von Jericho entdeckte man bei Ausgrabungsarbeiten einen alten Friedhof mit zahlreichen Gräbern, die etwa 4 000 Jahre alt sind, also aus der mittleren Bronzezeit stammen. Interessante Funde von grossem archäologischem Wert erhöhen die Bedeutung der Entdeckung.

+ + +

Verbrecherische Milchpanscherin. In Caen (Nordfrankreich) wurde eine Milchpanscherin verhaftet, die seit Monaten die Milch, die sie verkaufte, mit 40 Prozent Wasser verdünnte. Dabei benutzt die Frau das Wasser einer Quelle, das Keineswegs zu Trinkzwecken bestimmt war. Infolge der auf diese Weise gewässerten Milch erkrankten nicht weniger als 12 Kinder an Typhus; fünf von ihnen starben.

+ + +
"Justizsorgen". Die Bürokratie der Justiz scheint eine internationale Krankheit zu sein: der Fall des jungen französischen Missetäters René Heron ist hierfür ein weiterer Beweis. Heron hatte im Jahre 1922 in einem Pariser Hotel eine reiche Amerikanerin bestohlen, wurde erwischt und unter Anklage gestellt. Kurz vor der Verhandlung wurde Heron sehr krank; als er in den Gerichtssaal gebracht wurde, schien sein Tod bevorzustehen; auch die Aerzte erklärten, dass der Angeklagte keine 24 Stunden mehr zu leben habe. Daraufhin wurde der Todgeweihte ins Spital eingeliefert, das er jedoch wider Erwarten nach acht Monaten - gesund verliess. Inzwischen hatte ihn die Justiz vergessen. Heron war aber ein Taugenichts und begann nach seiner Gesundung von neuem zu stehlen. Er wurde ertappt und wanderte als "Schädling der Gesellschaft" auf Lebenszeit nach dem Banjo, der bekannten französischen Verbrecherkolonie. Nun hat sich aber die Justiz seines Diebstahls an der Amerikanerin, der ungesühnt geblieben war, erinnert und verlangt, dass der lebenslänglich verurteilte Heron nach Frankreich herüberkomme, um sich auch für die noch ausstehende Sache das Urteil, das an seinem Schicksal nicht das Geringste ändern kann, zu holen. Abgesehen davon, dass diese Sträflingsreise im untersten Schiffsraum ein Mittel schärfster Tortur ist, kostet dieser Prozess den Staat mehrere Tausend Franken, die allerdings die Steuerzahler zu tragen haben.

+ + +
Fruchtbarmachung der Sahara? In diesen Tagen gelangt das Material des sogenannten "Panaeuropa"-Projektes des Regierungsbaumeisters Hermann Sörgel im Essener Folkwang-Museum zur Ausstellung. Sörgel hat einen Plan der Fruchtbarmachung der Wüste Sahara ausgearbeitet. Durch die in jeder Sekunde vom Atlantik durch die Gibraltarstrasse ins Mittelmeer fliessenden 100 000 Kubikmeter Wasser soll ein Kraftwerk gespeist werden, das die ungeheure Kraftmenge in elektrische Energie verwandelt. Das Projekt sieht die Sperrung der Strasse von Gibraltar durch einen ungeheuren Damm vor; die Schifffahrt soll zwei Kanäle erhalten. Das aufgestaute Wasser soll kanalisiert und in die Wüste Sahara geleitet werden.

+ + +
Auch ein Kürten=Opfer. Kürtens Officialverteidiger, Rechtsanwalt Sengstock-Düsseldorf, hat die ihm gestellte Aufgabe gesundheitlich nicht bewältigen können und ist unter der Last der Arbeit zusammengebrochen. Dr. Sengstock hat die Verteidigung niedergelegt und ein Sanatorium aufgesucht. Sein Nachfolger ist Rechtsanwalt Dr. Wehner-Düsseldorf.

+ + +
Neue Grossender. Der Ausbau der deutschen Grossender wird so intensiv betrieben, dass vermutlich noch in diesem Jahre mehrere in Betrieb genommen werden können. Vorbereitet wird die Verstärkung des Deutschland=Senders in Königswusterhausen auf 75 Watt, ebenso der entsprechende Umbau des Langenberger Senders, ferner die Errichtung eines Grossenders bei Breslau, Leipzig und Frankfurt/Main. Auch die Münchener Station wird vermutlich auf eine stärkere Kraftleistung umgestellt werden.



Siedlung und Landflucht.

SPD. In den Debatten über die Arbeitslosenfrage spielt das Wort "Siedlung" eine grosse Rolle. Es ist bereits zum Schlagwort geworden. Viele Leute erwarten alles Heil von der Siedlung. Sie soll den inneren Markt stärken, die Kaufkraft der Bevölkerung erhöhen, Moore und Heide in blühende Felder verwandeln, Deutschland vom Bezug landwirtschaftlicher Erzeugnisse unabhängig machen und jedenfalls die Arbeitslosigkeit, wenn auch nicht beseitigen, so doch wenigstens kräftig mildern. Tag für Tag bekommt man das Siedlungsevangelium zu hören.

Die Wirklichkeit steht zu diesen hochgespannten Erwartungen einstweilen in einem schroffen Gegensatz. Wir wären schon zufrieden, wenn die Siedlung wenigstens die Landflucht etwas eingedämmt hätte. Allein auch in diesem Punkt bleibt viel zu wünschen übrig. So musste Professor Max Sering, als er das Ergebnis der Siedlung in den Jahren 1919 bis 1930 feststellte, zugeben, dass die Siedlung gegenüber der Landflucht vollständig versagte. Ungeachtet der grossen Arbeitslosigkeit in den Städten ist heute die Landflucht mindestens ebenso gross wie vor dem Krieg. Einige Landesstatistiken, z.B. die Pommerns und Ostpreussens, weisen sogar höhere Abwanderungsziffern auf als vor dem Krieg. So wanderten in den Jahren 1928 und 1929 aus Pommern etwa 10 000 Personen, aus Ostpreussen ca. 22 000 Personen ab. Professor Sering erklärt diese Landflucht mit der heutigen nach seiner Auffassung künstlichen staatlichen Regulierung der Löhne. Richtig ist, soweit die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Frage kommen, nur so viel, dass diese Bedingungen auf dem Lande den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Städten nicht genügend angeglichen sind, jedenfalls nicht so, dass eine kaufkräftige und leistungsfähige Landarbeiterschaft auf dem Lande erhalten werden kann.

Ist aber die Siedlung in ihrer jetzigen Form überhaupt imstande, die Landflucht einzudämmen? Es ist an sich zu begrüssen, dass man jungen tatkräftigen Bauernsöhnen zu einer Siedlungsstelle verhilft. Man muss aber immer die Frage aufwerfen, ob eine Siedlung in diesem Rahmen genügt. Tatsache ist, dass die Zahl der neuerrichteten Bauernstellen nicht einmal die Zahl der Abgewanderten erreicht. Was auf der einen Seite gewonnen wird, verliert man auf der andern.

Wo liegen die Fehler? Ohne Zweifel darin, dass es der Siedlung bis jetzt nicht gelungen ist, die Landbevölkerung in ihrer Gesamtheit zu erfassen. Der Hauptgedanke des Reichssiedlungsgesetzes war vor allem, den Landarbeiter auf dem Wege der Landzuteilung sesshaft zu machen. Die Landarbeiter können, dem Gesetz nach, Ansprüche auf Pachtland bei den Gemeinden geltend machen, soweit es der Bedarf ihres Arbeitshaushaltes erfordert. Aber dieses Anrecht ist praktisch so gut wie illusorisch. Das Reichssiedlungsgesetz hat sich für die Landarbeiterschaft nur sehr wenig ausgewirkt. Es war der grosse Mangel der Siedlungsgesetzgebung, dass sie die Frage der Finanzierung der Siedlung offenlies. Zwar besitzt der Landarbeiter das gleiche Recht wie die andern Anwärter. Während aber Landwirte und Bauernsöhne das Notwendige an Kapital und die Anzahlung für die Siedlungsstelle aufbringen, sind dazu zahlreiche Landarbeiteranwärter ausserstande. Die Zahl der Landarbeiteransiedlungen ist, gemessen an der Gesamtzahl der neugeschaffenen Siedlungen, äusserst gering. Unter den Neusiedlern in den Jahren 1923 - 1928 waren 82,5% selbständige Landwirte oder Landwirtssöhne, der Rest von über insgesamt 1750 Siedlern setzte sich aus landwirt-

schaftlichen Arbeitern und Beamten zusammen. Nun muss man aber bedenken, dass von diesen 1750 Arbeiter- und Beamtensiedlungen nur weniger als ein Drittel Siedlerstellen über 5 ha zugeteilt erhielt. Die überwiegende Mehrzahl sind kleine Parzellenbesitzer, die aus der mühevollen Bewirtschaftung ihrer Parzellen sich zu der kärglichen Entlohnung einen kleinen Nebenverdienst verschaffen. Kurzum, vier Fünftel der vergebenen Siedlerstellen sind Landwirten und Landwirtssöhnen zugefallen. Der Landarbeitersiedler führt ein kümmertliches Dasein. Die Sehnsucht des Landarbeiters und des besitzlosen Bauernsohnes nach einer eigenen Wirtschaft bleibt unerfüllt. Wenn auch nicht zu verkennen ist, dass seit dem Umsturz die Arbeits- und Lebensbedingungen durch einen zähen Kampf der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sowie durch die Massnahmen der preussischen Regierung gehoben wurden (Abschaffung der Gesindeordnung, Tarifverträge der Landwirtschaft, umfangreicher Landarbeiterwohnungsbau - so wurden allein durch den preussischen Staat im Zeitraum 1919 - 1930 50 000 Landarbeiterwohnungen und Eigenheime errichtet), so ist doch auf dem Gebiet der Landarbeitersiedlung und zur Sesshaftmachung der Landarbeiterschaft bisher nur wenig erreicht worden.

Die Siedlung wird nur dann eine wirksame staatspolitische und volkswirtschaftliche Massnahme werden, wenn es gelingt, auch die Landarbeiterschaft mit in das Siedlungswerk hineinzubeziehen und sie auf der Scholle zu verwurzeln. Hierfür bildet aber eine grosszügige Bodenreform die Voraussetzung, die mit einer systematischen Landarbeitersiedlung parallel fortschreiten müsste. Nur so könnte die Siedlung sich fühlbar zum Vorteil der gesamten Landbevölkerung und der Volkswirtschaft auswirken.

SPD. In Braunschweig wird das Unternehmertum, seit dem dort die Nationalsozialisten regieren, von Tag zu Tag "arbeiterfreundlicher". So bringen es die Ziegeleibesitzer von Braunschweig und Umgegend fertig, nicht nur die Löhne zu senken, sie wollen auch noch ihre Arbeiter zwangsweise kasernieren und aus dieser Kasernierung obendrein einen besonderen Profit ausschlagen. Sie legen bei Neueinstellungen den Arbeitern einen Revers vor, worin sie pro Stunde 8 Pfennig als Wohnungsmiete abverlangen. An sich wäre das, wenn eine menschenwürdige Wohnung in Frage käme, nicht zu viel, allein die 8 Pfennige pro Stunde werden für Unterkunft in Saisonarbeiterbaracken gefordert, und wie es in diesen Baracken aussieht, weiss jeder Ziegler zur genüge. 8 Pfennig pro Stunde - das macht, wenn wie z.B. bei dem Herrn Ziegeleibesitzer Schröder in Querum (bei Braunschweig) 8 Arbeiter eingestellt werden, in 4 Wochen rund 122 Mark aus. Eine ganz nette Nebeneinnahme! Im Manteltarif, der für allgemein verbindlich erklärt ist und auch die Unterkuftsfrage regelt, steht nichts davon, dass die Ziegeleibesitzer derartige Nebenverdienste von ihrer Arbeiterschaft beziehen können. Aber das kümmert die Herren Unternehmer nicht. So forderte Herr Schröder sogar von den Arbeitern, die ihre eigene Wohnung besitzen, das Wohnungsgeld von 8 Pfennig pro Stunde. Die Arbeiter sollen also für eine Unterkunft bezahlen, die sie gar nicht benutzen.

Allem Anschein nach genügt aber diese üble Nepperei den Braunschweiger Ziegelfabrikanten noch nicht; denn sie schicken ihre Agenten ins Eichsfeld, damit sie dort für die Kampagne Wanderziegler werben. Die Angeworbenen müssen sich unterschriftlich verpflichten, zu einem Stundenlohn von 50 Pfennig (bisher 71 - 73 Pfennig) zu arbeiten. Die Opfer sucht man im Eichsfeld vor allem bei den christlich organisierten Ziegler, die man für fügsamer hält als die im Verband der Fabrikarbeiter organisierten Braunschweiger Ziegler. Die Eichsfelder Ziegler sollten sich hüten, den Braunschweiger Ziegelagenten ins Garn zu laufen. Sie dürfen nicht vergessen, dass sie, wenn sie nach Braunschweig kommen, zwei Haushalte führen müssen. Das ist unmöglich bei einem Lohnsatz, bei dem man nicht leben und nicht sterben kann. - Ziegler, meidet das Braunschweiger Nazi-Paradies!

SPD. Die Regierung der Vereinigten Staaten will nach einer Mitteilung des amerikanischen Arbeitsministers mit Rücksicht auf die grosse Arbeitslosigkeit die gestrandeten Ausländer wieder in die Heimat abschieben. Viele dieser schiffbrüchigen Existenzen bestürmen die Behörden mit der Bitte um Abtransport in die Heimat.

Weder das kapitalistische "Wirtschaftswunder" Amerika noch das "Arbeiterparadies" Sowjetrussland haben für die Arbeitslosen genügend Brot. Das arme Deutschland dagegen, das einen verlorenen Krieg hinter sich hat, konnte 5 Millionen Arbeitslose diesen Winter miternähren. Der deutsche Arbeitsminister hat te recht, wenn er diese Leistung als eine geschichtliche Grosstat hinstellte. Sie wäre jedoch nie möglich gewesen, wenn in Deutschland nicht starke Gewerkschaften vorhanden wären. Und dann gibt es noch Arbeiter, die den Nationalsozialisten und Kommunisten nachlaufen und auf die Gewerkschaften schimpfen! "Herr, verzeih ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun."

SPD. Die Nazis wollen durch die Betriebsratswahlen nur ihre etwas ins stocken geratene Hitlerbewegung von neuem wieder in Gang bringen. An irgend einer Sicherung der Rechte und Interessen der Arbeiter in den Betrieben ist ihnen nichts gelegen. Das dem so ist, zeigt sich ganz deutlich an ihren für die Betriebsratswahlen ausgegebenen Parolen. So verkündet ein nationalsozialistisches Revolverblatt des Ruhrgebietes "Rote Erde" vom 13. März: "Überall werden Betriebszellen gegründet und für die Betriebsratswahlen "Nationale Listen" eingereicht. Tüchtige Führer und Kämpfer für ein neues Deutschland setzen nunmehr auch in den Betrieben zum Angriff an. Unser Weg ist klar gezeichnet. Gegen eine weitere Lohnverklavung der Arbeiterschaft, gegen eine Abwälzung der Young-Tribute auf die arbeitenden Schichten, für eine wahre Befreiung der Arbeiter aus den Fesseln des raffenden internationalen Bank- und Börsenkapitals, für eine nationale Bedarfswirtschaft, für den nationalen, deutschen Sozialismus!"

Bei den Betriebsratswahlen handelt es sich um andere Dinge als bei Reichstagswahlen. Ein Betriebsrat hat sich um die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und vor allem der Tarifverträge zu kümmern, um Arbeitsordnung und Dienstvorschriften, um die Untersuchung von Beschwerden und die Erledigung von Streitfällen, um Bekämpfung von Unfall- und Gesundheitsgefahren, um Einstellungen, Entlassungen, Bestrafungen usw. Von diesen Dingen muss ein Betriebsrat etwas verstehen. Die Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer setzt ein gründliches Wissen und tüchtige arbeitsrechtliche Schulung voraus. Das fehlt bei den Nazis vollkommen. Daher bringen sie nicht einmal in Berlin bei Verhandlungen vor den Arbeitsgerichten aus ihren Reihen einen Mann auf, der eine Klage durchfechten kann. In politischen Versammlungen drauflos schwadronieren ist natürlich leichter als dem Arbeiter zu Brot und Recht zu verhelfen.

Die Arbeiterschaft müsste aus Idioten bestehen, wenn sie sich als Anwälte für ihre Interessen, d.h. als Betriebsräte, Leute wählt, die einen Prozess wohl verlieren, niemals aber gewinnen können. Jeder vernünftige Mensch sucht sich einen tüchtigen Anwalt und so sucht sich ein vernünftiger Arbeiter einen tüchtigen Betriebsrat und keinen Schwätzer, der nur die Litanei der völkischen Zeitungen herunterleiern kann.

SPD. Der Bergbau-Industriearbeiter-Verband hält seine Reichskonferenz nach Ostern ab. Sie findet am 27. und 28. April in Bochum statt.

Wirtschaft Technik Handel

Erste Schwalben??

SPD. Mit den Erwartungen auf eine Verminderung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit im bevorstehenden Frühling fällt die hoffnungsvollere und optimistische Betrachtung der Geldmärkte zusammen.

Es ist bekannt, dass das Anwachsen der rechtsradikalen Bewegung, die sinnlosen Renommistereien der Nationalsozialisten und die Furcht vor einem Hitlerputsch das Ausland veranlasst haben, seine Gelder aus Deutschland zurückzuführen. Dazu kam, besonders nach der Reichstagswahl am 14. September, eine gesteigerte Kapitalflucht. Die Verknappung der der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Gelder hat natürlich die Wirtschaftskrise verschärft. Die durch den Geldabfluss gekennzeichnete Vertrauenskrise setzte sich in Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit um. Selbstverständlich ist, dass eine Überwindung der Vertrauenskrise und ein Zufluss von Geldern nach Deutschland die Wirtschaftsentwicklung bei uns günstig beeinflussen muss. Das Institut für Konjunkturforschung hat in seiner letzten Veröffentlichung ganz besonders auf diese Zusammenhänge hingewiesen.

Auf den internationalen Geldmärkten bahnte sich bereits im Februar eine Wendung zum Besseren an. Jetzt berichten die Banken, dass bei ihnen gesteigert Auslandsgeld angeboten wird. Leider aber immer noch zu hohen Zinssätzen. Dass sich eine Wandlung in der Auffassung der ausländischen Geldgeber vollzogen hat, daran ist wohl nicht zu zweifeln. Ob diese Wandlung aber bereits Ausdruck in umfangreichen Geldofferten an die deutschen Banken fand, lässt sich im Augenblick nicht genau übersehen. Wichtig ist aber schon, dass die ausländischen Geldgeber bereit sind, in Verhandlungen über die Hergabe von Geldern nach Deutschland einzutreten. Soweit kann man feststellen, dass die Vertrauenskrise mit ihren wirtschaftsschädlichen Einflüssen den Gipfelpunkt überschritten hat.

Welche Gründe bestimmen das Ausland? Hier ist zunächst festzustellen, dass sich die Zinssätze, also die Vergütung für Leihgeld, in Deutschland ganz anders entwickelt haben als im Ausland. Das Ausland konnte seine Zinssätze unter Einfluss der Krise heruntersetzen. Deutschland musste seine Zinssätze unter Druck der politischen Krise der rechtsradikalen Bewegung heraufsetzen. Das Ausland konnte seine Produktion verbilligen. Wir mussten inmitten einer fürchterlichen Wirtschaftskrise unsere Produktion durch höhere Zinsen verteuern. Der rechtsradikale Unfug in Deutschland wird wohl am besten durch die Feststellung gekennzeichnet, dass die Spanne zwischen den deutschen Geldsätzen und den ausländischen Geldsätzen gegenwärtig beträchtlich höher ist als jemals in den letzten 4 Jahren. Das ist ein Erfolg der nationalsozialistischen Agitation gegen die "Zinsknechtschaft", die eigentlich auch den verbohrtesten Nationalsozialisten zum Denken anregen müsste. Der hohe Zins in Deutschland und der niedrige Zins im Ausland ist eine ganz bedenkliche Erscheinung,

Naturgemäss hat der grosse Zinsunterschied die Wirkung, Geld nach Deutschland zu ziehen. Denn Geld geht immer dorthin, wo es die höchsten Zinsen gibt, wo am meisten zu verdienen ist. So wird in der Schweiz, dem Paradies für deutsche Kapitalflüchtlinge, für Tagesgeld kaum eine Vergütung gezahlt. In Deutschland dagegen $4\frac{1}{2}$ bis 5 %. Die Schweizer Banken vergüten Mo-

atsgeld mit 2 %. In Frankreich kann man im besten Fall 3 % erzielen. In Deutschland werden 6 % gezahlt. Das sind mit die Auswirkungen der deutschen Kapitalknappheit, aber auch die Auswirkungen der sinnlosen Agitation der Rechtsradikalen. Selbstverständlich reizt der Zinsunterschied die ausländischen Kapitalisten an, ihr Geld nach Deutschland zu verleihen.

Voraussetzung ist aber die Sicherheit. Das Gefühl der Sicherheit ging mit dem Ansteigen der nationalsozialistischen Bewegung, besonders mit dem Ausfall der Wahlen am 14. September verloren. Die Reichsbank hat diese Katastrophe mit etwa 600 Millionen Mark Gold und Devisen bezahlt. Der deutschen Wirtschaft dürfte sie Milliarden gekostet haben. Man sieht, dass die Wiederherstellung des Vertrauens zu Deutschland der eigentliche Grund für eine Besserung der Verhältnisse auf den Geldmärkten und für den Zufluss von Auslandsgeld nach Deutschland ist. Wenn sich das Vertrauen zu Deutschland allmählich bessert, dann ist das zweifellos auf die politischen Verhältnisse zurückzuführen, die gegenüber den kritischen Wochen im Herbst 1930 und um die Jahreswende 1930/31 gefestigt erscheinen. Bei den grösseren Geldgebern sprechen aber auch wirtschaftliche Überlegungen mit. Man beurteilt die Wirtschaftslage in Deutschland nicht schlechter als die im Ausland. Vielleicht sogar günstiger, weil Deutschland über eine glänzend ausgerüstete Industrie verfügt, über einen hochtechnisierten Wirtschaftsapparat, der allerdings jetzt die Lage kompliziert, der aber, wenn die Wirtschaft mal wieder in Fluss kommt, ein entscheidendes Wort auf den Weltmärkten mitzusprechen hat.

Vielfach taucht auch die Meinung auf, dass die nach dem Ausland geflüchteten Milliarden jetzt die Rückwanderung nach Deutschland antreten. Wir haben ja etwas ähnliches mit den Devisen erlebt, die von Deutschland aus während der Inflation im Ausland untergebracht wurden. Man vergesse aber nicht, dass es damals des Mittels der Kreditverknappung durch die Reichsbank (Restriktionen) bedurfte, um die Kapitalrückwanderung nach Deutschland zu erzwingen. Soweit sich die Dinge überschauen lassen, denken die deutschen Kapitalflüchtlinge nicht daran, der notleidenden deutschen Wirtschaft ihr Geld zur Verfügung zu stellen. Vorläufig lässt man sein Geld ruhig im Ausland und macht im Lande selbst in hundertprozentigen Nationalsozialismus. An dem besseren Angebot von Auslandsgeld bei den deutschen Banken dürfte die deutsche Kapitalflucht so gut wie gar nicht beteiligt sein!

SPD. Unter Führung der Rentenbank-Kreditanstalt ist eine Reorganisation des Landschaftswesens eingeleitet worden. In Preussen gibt es 11 Landschaften. Sie sind die Realkreditinstitute für die Landwirtschaft insbesondere für den Grossgrundbesitz. Die 11 preussischen Landschaften sind schon seit Jahrzehnten in der "Centrallandschaft für die Preussischen Staaten" zusammen geschlossen, haben sich aber bisher eine grosse Selbständigkeit bewahrt, vor allem in der Ausgabe von Pfandbriefen. Der Anteil der zentralen landschaftlichen Pfandbriefe am gesamten landschaftlichen Pfandbriefumlauf ist noch immer verhältnismässig klein. Nun haben die Landschaften nicht bloss wegen der Krise des ostelbischen Grossgrundbesitzes, auf dem sie im allgemeinen fussen, sondern auch wegen der unmodernen Formen ihres Kreditverkehrs in den letzten Jahren an Kreditwürdigkeit eingebüsst. Dazu kommt, dass die Zurückzahlung der letzten Rate der Golddiskontbankdarlehen, die im Juli dieses Jahres fällig wird, den Landschaften, soweit sie daran beteiligt sind, grosse Schwierigkeiten macht. Die Golddiskontbankdarlehen wurden bekanntlich von der Rentenbankkreditanstalt weitergeleitet, so dass die Sorge um ihre Eintreibung auf die Rentenbankkreditanstalt fällt. Die Rentenbankkreditanstalt hat sich daher entschlossen, einen Teil ihrer Forderungen an die Landschaften in eine Beteiligung umzuwandeln und zwar beteiligt sie sich an der Centrallandschaft, deren Kapital zu diesem Zweck auf

15 Millionen Mark erhöht wird (bisher arbeitete die Centrallandschaft nur mit einem geringfügigen Stammkapital von etwa 1 Mill. Mark); die Rentenbankkreditanstalt übernimmt davon 12 Millionen, den Rest haben allmählich die einzelnen Landschaften einzuzahlen.

Die Rentenbankkreditanstalt wird damit also kapitalmässig - allerdings nicht in gleichem Masse verwaltungsmässig - zur Hauptteilhaberin der Central-landschaft. Gleichzeitig aber wird eine Reorganisation des ganzen Landschaftswesens in dem Sinne vorgenommen, dass die Selbständigkeit der einzelnen Landschaften wesentlich eingeschränkt wird: Die Ausgabe von Pfandbriefen soll auf die Centrallandschaft beschränkt werden und selbst in den Ausnahmefällen, wo noch Einzellandschaften Pfandbriefe ausgeben, soll dies nur im Einvernehmen mit der Centrallandschaft geschehen. Die Ausstattung der Centrallandschaft mit einem höheren Kapital soll dazu dienen, die Kreditwürdigkeit der Landschaften zu erhöhen und eine sorgfältigere Kurspflege zu ermöglichen, damit die Differenzen zwischen den Kursen der landschaftlichen und der übrigen Pfandbriefe womöglich verschwinden. Sonst sollen die Kreditformen der Landschaften modernisiert werden; schliesslich soll auch eine Reorganisation der Verwaltung erfolgen.

Die Umorganisierung des Landschaftswesens kann von weittragender Bedeutung für das landwirtschaftliche Realkreditwesen werden. Sie bedeutet eigentlich, dass ein neues grosses landwirtschaftliches Zentralkreditinstitut geschaffen wird, das den unmittelbaren Realkreditverkehr mit der Grosslandwirtschaft pflegt. Gleichzeitig hat sich die Rentenbankkreditanstalt durch ihre Beteiligung an diesem zentralen Kreditinstitut einer neuen Machtposition bemächtigt. Damit ist freilich auch die Gefahr gewachsen, dass sich die Rentenbankkreditanstalt der Interessen des Grossgrundbesitzes besonders liebevoll annimmt, unter Umständen auch auf Kosten der übrigen Landwirtschaft.

SPD. Die Generalversammlungen der "Eintracht" Braunkohlenwerke und Brikkettfabriken A.G., die zum Petschekkonzern gehören, sind seit langem als Kampftage bekannt. Die am Sonnabend stattgefundene Generalversammlung machte keine Ausnahme. Streitgegenstand sind immer wieder die hohen Handelsgewinne, die der Braunkohlengrossindustrielle Ignaz Petschek aus den Werken zieht. Das sind volkswirtschaftliche Verluste, die jährlich in die Dutzende von Millionen gehen. Andererseits werden den Aktionären die Gewinne von vornherein beschnitten. Man kann sich also schon den Oppositionsgeist in den Generalversammlungen der Eintracht erklären.

Auf der diesmaligen Generalversammlung lag die Hauptopposition bei den mittelsächsischen Kohlenhändlern. Nebenbei gesagt, hat sich die Opposition gegenüber dem Vorjahr verringert, was aber nicht heissen will, dass die Methoden Petscheks eine gelindere Beurteilung finden. Petschek hat sich durch ein altes Mittel zu helfen gewusst: er hat die Opposition zum Teil aufgekauft! Wir denken dabei an das Susat-Gutachten über den Braunkohlenbergbau, in dem wörtlich steht, dass die Gewinne mancher Braunkohlenindustrieller ganz beträchtlich sein müssen, wenn sie zu phantastischen Preisen auf dem freien Markte Aktien aufkaufen können. Der Preis, den Petschek für Eintrachtaktien gezahlt hat, soll, ähnlich wie der Preis für Ilse-Aktien, sehr hoch liegen.

Die Debatte über die Handelsgewinne Petscheks wurde glattweg abgedrosselt. Es erhob sich der Vertreter des Zentralverbandes der Kohlenhändler Deutschlands, Czempin, der erklärte, dass die Generalversammlung der Eintracht nicht das richtige Gremium für Ventilierung dieser Frage sei. Damit hatten die Getreuen Petscheks gesiegt. Wir nehmen an, dass die Organe des Reichswirtschaftsrats möglichst bald das richtige Gremium für die Erörterung dieser Frage schaffen. - Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde der ehemalige Staatssekretär Oskar Meyer von der Berliner Handelskammer.

SPD. In Berlin wurde am Sonnabend die Reichshandwerkswoche durch eine grosse Kundgebung der Spitzenverbände des deutschen Handwerks eröffnet. Ueber den Sinn dieser Veranstaltung sprach der Handwerkskammerpräsident Pflugmacher. Als dringendste Aufgabe bezeichnete er die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Handwerksbetrieben. Hunderttausende von hochqualifizierten Gesellen lägen heute auf der Strasse, während das Handwerk in normalen Wirtschaftszeiten rund 1,5 Millionen Gesellen beschäftigt. Durch die Reichshandwerkswoche sollen die Konsumenten in Deutschland zu einer vermehrten Auftragserteilung angeregt werden.

Die vom Handwerkskammerpräsidenten aufgemachte Rechnung, der sicherlich aus vollem Herzen Erfolg zu wünschen ist, hat eine grosse Lücke, nämlich die, dass nur kaufkräftige Konsumenten Aufträge erteilen können. Mit der Kaufkraft hat man aber in Deutschland während des Winters und mit Hilfe der Krisenmisere Schindluder getrieben. Man hat die Kaufkraft dezimiert. Das bekommt selbstverständlich auch das Handwerk zu spüren. Gerade der kleine Handwerker hat Ursache, mit der Arbeiterschaft ganz energisch Front gegen einen weiteren Lohnabbau zu machen. Der Handwerker steht auf einer Wirtschaftsstufe, die naturgemäss den Lohnabbau zuerst zu fühlen bekommt. Leider müssen wir feststellen, dass die Lohnabbauparolen des deutschen Unternehmertums auch in Handwerkerkreisen bedenkliche Resonanz gefunden haben. In diesem Zusammenhang wäre auch ein Wort über die Preisbildung im Handwerk zu reden. Wenn jetzt geklagt wird, dass die Preise gedrückt sind, dann ist das unserer Ansicht nach die Reaktion auf übersteigerte Forderungen, die vielfach zu einer unnatürlichen Einschränkung in der Auftragserteilung und, was das Handwerk wohl am besten weiss, zu Schwarzarbeit geführt haben. Gegen diese Dinge muss selbstverständlich jede Mittelstandspolitik versagen.

Mit dem Reichsarbeitsminister Stegerwald und Vertretern der preussischen Staatsregierung nahm auch Reichskanzler Brüning an der Kundgebung des Handwerks teil. In seiner Begrüßungsansprache verwies der Reichskanzler auf die sozialistische Bedeutung des Handwerks. Die Reichsregierung, so betonte Dr. Brüning, anerkenne die schwere Notlage des Handwerks und berücksichtige sie im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Handwerks. Der beste Beweis für die im Handwerk lebenden Kräfte sei, dass heute noch $1\frac{1}{2}$ Millionen handwerkerliche Betriebe in Deutschland arbeiteten.

In einem Referat führte der Vorsitzende des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks aus, dass das deutsche Handwerk trotz der stürmischen industriellen Entwicklung heute noch 8 Millionen Menschen ernähre. Die Produktion müsse mit dem Bedarf organisch wachsen, um künftigen Wirtschaftskrisen vorzubeugen. Notwendiger als die nur technisch gedachte Aufspeicherung von Maschinenkräften und die grenzenlose unwirtschaftliche Gütererzeugung sei die Verbesserung der Marktkenntnis und der Marktorganisation.

SPD. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat seine diesjährige Vollversammlung für den 25. März nach Berlin einberufen. Als Redner ist u. a. Reichskanzler Dr. Brüning vorgesehen.

Roggen besser als Weizen.

(Berliner Getreidebörse vom 14. März)

SPD. Die ruhige Stimmung des Vortages hielt auch am Sonnabend an der Berliner Produktenbörse an. Roggen konnte seinen Preisstand voll behaupten, da das Angebot weiter ausserordentlich knapp blieb und die rege Kauflust allenthalben weiter anhielt. Dagegen war prompter Weizen stärker angeboten, während die Kauflust der Mühlen geringer geworden ist, Es scheint, dass die unsichere Lage kein rechtes Vertrauen mehr aufkommen lässt. Dazu trat das schlechte Mehlgeschäft. Der Absatz an Weizenmehl ist wieder vollkommen ins Stocken geraten, während für Roggenmehl bessere Nachfrage bestand. Die Forderungen der Mühlen blieben für beide Sorten unverändert. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Roggennotierungen gleichfalls im wesentlichen unverändert. Die Weizenkurse gaben dagegen um 1 bis 2 Mark und darüber nach. Hafer hatte stetige Tendenz. Abschlüsse kamen aber nur in geringem Umfange zustande, da die Käufer die Forderungen der Landwirte nicht bewilligen wollten.

	<u>13. März</u>	<u>14. März</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	293 - 295	293 - 295
Roggen	185 - 187	185 - 187
Braugerste	220 - 230	220 - 230
Futter- und Industrierogerste	204 - 220	205 - 220
Hafer	156 - 163	158 - 164
Weizenmehl	35,00 - 41,25	35,00 - 41,25
Roggenmehl	26,75 - 30,00	26,70 - 30,00
Weizenkleie	13,25 - 13,50	13,25 - 13,50
Roggenkleie	12,00 - 12,50	12,25 - 12,50
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 303 - 300 (Vortag 304)		
Mai 306 und Brief (307½), Juli 306½-306 Brief (307). Roggen März 203-202½		
(203), Mai 203½ (203½), Juli 199 (200), Hafer März 170 Geld (170), Mai 176-177½ (176), Juli 183½ bis 184¾ Geld (183).		

SPD. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit hat für die Zeit vom 14. bis 16. April eine Internationale Wirtschaftskonferenz nach Paris einberufen, die sich mit der Krise in der Weltwirtschaft beschäftigen soll. Es sind u.a. Referate über Rationalisierung, Arbeitslosigkeit und die Agrarkrise vorgesehen. Auskunft erteilt Frau Yella Hertzka, Wien XIX, Kaasgraben 19.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 14. März: I. 142 Mark, II. 134 Mark, III. 120 Mark je Zentner. Tendenz: stetig. (Preise unverändert).

Deutscher Reichstag

42. Sitzung vom 14. März 1931.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Genfer Handelsabkommens.

Abg. Hoernle (Komm) nennt die Vorlage ein Musterbeispiel für die vom Völkerbund getriebene Heuchelei. Mit diesem Abkommen solle die Illusion erweckt werden, als ob der Wirtschaftsfrieden erstrebt werde, während tatsächlich in allen Ländern, auch in Deutschland, die Zollmauern immer höher aufgetürmt würden.

Abg. Gerauer (Bayer.Vp.) bekämpft die Vorlage. Das Abkommen bedeute eine schwere Schädigung für den deutschen Hopfen-, Obst- und Gemüsebau, der das grösste Interesse daran habe, endlich von den Bindungen frei zu kommen, die ihm in den bestehenden Verträgen auferlegt sind.

Abg. Hemeter (Landvolk) begründet einen Antrag der Landvolkpartei auf Ablehnung der Genfer Abmachungen über den Zollfrieden. Dieses Abkommen greife tief ein in die Verhältnisse der deutschen Landwirtschaft. Wie Deutschland militärisch durch das Versailler Diktat einseitig abgerüstet wurde, so soll es durch das Genfer Abkommen auch wirtschaftlich entwaffnet werden. Sollte das Abkommen dennoch eine Mehrheit im Reichstag finden, so erwarten wir von der Reichsregierung, dass sie keinen Gebrauch von der Ermächtigung macht, die ihr das Abkommen gibt.

Abg. Dr. Schneider-Dresden (D.Vp.): Das Genfer Abkommen hat nur eine geringe praktische Bedeutung, es ist mehr eine schöne Geste. Wenn wir ihm zustimmen, so besteht auch für die Landwirtschaft kein Grund zur Aufregung. Wir machen damit eine Verbeugung vor dem Geist der Handelsvertragspolitik, aber wir entfernen uns damit nicht von der agrarischen Schutzzollpolitik, die wir heute in einem Masse treiben, wie niemals vorher. Unsere Getreidezölle stehen heute viel höher, als der Inlandspreis und selbst der Weltmarktpreis. Angesichts dieser Verhältnisse ist es eine starke Uebertreibung, wenn man dem Genfer Abkommen eine schädigende Wirkung für die deutsche Landwirtschaft zuschreibt.

Abg. Graf v. Westarp (Volkskons.): Es ist bedauerlich, dass die beiden Parteien der Rechten, die gerade dieses Abkommen zu heftigen Angriffen gegen die Regierung benutzen, uns auch jetzt im Kampf gegen dieses Abkommen im Stich lassen (Sehr richtig!). Trotz aller einschränkenden Bestimmungen kann das Genfer Abkommen uns doch grosse Hemmungen bereiten in der Durchführung der im Interesse unserer Landwirtschaft notwendigen Zollpolitik. Durch den Ausschluss des Kündigungsrechts wird unsere taktische Lage bei den Verhandlungen verschlechtert. Wir haben andererseits keine Sicherheit dafür, dass diejenigen Staaten, auf die wir Wert legen, dem Abkommen beitreten. Wenn das Abkommen gegen unsern Wunsch hier angenommen wird, so müssen wir von der Regierung erwarten, dass sie von der ihr erteilten Ermächtigung nicht Gebrauch macht, bevor nicht feststeht, dass sämtliche übrigen Staaten das Abkommen ratifizieren.

Abg. Freybe (Wirtschaftspt.): Die Tendenz des Abkommens könnten wir begrüßen, aber eine Reihe von Einzelheiten machen uns die Zustimmung unmöglich. Die Handlungsfreiheit, die wir durch das Ermächtigungsgesetz für Agrarzölle haben wollten, wird durch das Genfer Abkommen wieder aufgehoben. Angesichts unserer Tributlasten sind wir zur Drosselung der Einfuhr genötigt. Das Genfer Abkommen würde uns aber daran hindern. Die ganze Fassung des Abkommens lässt den Verdacht aufkommen, dass von den Partnern einer den andern bemögen will. Wir können diesem Abkommen nicht zustimmen.

Abg. Meyer-Berlin (Staatspt.): Wir können bei unserer Wirtschaftspolitik nicht lediglich Rücksicht nehmen auf die Stimmung der Landwirtschaft, sondern wir müssen auch an die Notlage der Arbeiterschaft und der übrigen Erwerbsstände denken. Das Genfer Abkommen ist einfach die Konsequenz der Haltung, die auf

der Genfer Weltwirtschaftskonferenz 1927 auch von Deutschland unter einer Rechtregierung eingenommen worden ist. Es geht auch nicht, dass man allen anderen Vertragspartnern Illoyalität zutraut. Wir wollen den Schutz der Landwirtschaft ebenso wie andere Parteien. Da das Abkommen wenigstens den Ansatz zum Wirtschaftsfrieden bringt, werden wir ihm zustimmen.

Damit ist die Aussprache beendet.

Der Antrag Westarp (Volkskons.) auf Ueberweisung an den Auswärtigen Ausschuss wird abgelehnt. - Das Genfer Abkommen wird dann mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, des Zentrums, der Staatspartei und der Mehrheit der Deutschen Volkspartei in zweiter Beratung angenommen. - Die dritte Beratung soll am Montag folgen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Stauffenberg (Landvolk) begrüsst den Plan einer Umgestaltung des Verwaltungsrats der zentralen Siedlungsbank. Zu Unrecht werde der Landwirtschaft ein Vorwurf aus der Heranziehung ausländischer Wanderarbeiter gemacht. Es müsse berücksichtigt werden, dass für den Zuckerrübenbau nur schwer geeignete deutsche Arbeitskräfte zu beschaffen seien. Die Ausgaben der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung müssten näher unter die Lupe genommen werden. Bei der Arbeitslosenversicherung sollte besser unterschieden werden zwischen bedürftigen und nicht bedürftigen Arbeitslosen. Mit rücksichtsloser Offenheit müsse hingewiesen werden auf die Gefahr des finanziellen Zusammenbruchs der Sozialversicherung. Ein gesunder Abbau sei notwendig, denn das Reich dürfe nicht als reiner Wohlfahrts- und Versorgungsstaat betrachtet werden.

Abg. Schwarzer-Oberbayern (Bayr.Vp.): Die Nationalsozialisten haben zu den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen bisher nur eine verschwommene Stellung eingenommen und das Volk darauf vertröstet, dass alles anders werde, wenn sie selbst ans Ruder kommen. Von leeren Versprechungen ist aber bisher noch niemand satt geworden. (Sehr richtig). Die Hugenbergpartei hat für den Schutz der Notleidenden Stände bisher überhaupt nichts übrig gehabt. Die Schimpfereien dieser Parteien ausserhalb des Reichstages bringen uns um keinen Schritt vorwärts. Umsomehr müssen die Regierung und die arbeitswilligen Parteien ihr Augenmerk auf die Linderung der Not richten. Die Töchter wohlhabender Eltern gehen vielfach dem Verdienst nach, um Geld für Sport und Reise zu haben. Auch das Doppelverdienen einzelner Personen wie der Ehegatten ist mit der wirtschaftlichen Not nicht allgemein zu rechtfertigen. Dem Gutachterausschuss des Herrn Dr. Brauns möchte ich auch diese Fragen zur besonderen Beachtung empfehlen.

Inzwischen ist ein kommunistischer Misstrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald eingegangen.

Abg. Schneider-Berlin (Staatsp.) fordert, dass mit der Lohnsenkung Schluss gemacht werde. Man müsse bedenken, dass die reale Kaufkraft der Löhne erheblich gesunken sei, weil der Preisabbau mit dem Lohnabbau nicht Schritt gehalten habe. Ein erheblicher Teil des Zuwachses an Arbeitslosen sei sicherlich auf die geschwundene Kaufkraft zurückzuführen. Die psychologischen Auswirkungen der vorsorglichen Kündigungen dürften nicht unterschätzt werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei eines der Mittel, wieder Arbeit für einige hunderttausend Erwerbslose zu schaffen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten sich in dieser Frage freiwillig verständigen; allerdings zeigten sich in Unternehmerkreisen starke Widerstände. Der Geschäftsführer eines Unternehmerverbandes habe, als ein Betrieb die 5-Tage-Woche einführen wollte, bedauert, dass es kein Mittel gebe, Leute, die solche Gedanken auch nur erörtern, in Schutzhaft zu nehmen. Der Redner empfiehlt eine Ermächtigung für die Regierung, in bestimmten und dazu geeigneten Gewerbebezügen die 40-Stunden-Woche einzuführen, und betont die Notwendigkeit von Ersatzkassen für die Angestellten.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald:

Bei der Streitfrage über die Tarifvertragsgestaltung stehe ich auf dem Standpunkt, dass man die Ausmerzung der Unstimmigkeiten am besten den Tarifparteien selbst überlässt und nicht gleich die Gesetzgebung in Bewegung setzt. Unsere Lohnpolitik wird dadurch erschwert, dass wir nicht nur mit England und Amerika konkurrieren haben, sondern auch mit Ländern, deren Währung ausserordentlich schlecht steht und bei denen deshalb auch die Entlohnung viel niedriger ist als bei uns. So kommt es, dass selbst bei sehr schlechten Löhnen in Oberschlesien noch Lohnkürzungen durchgeführt werden können, weil jenseits der polnischen Grenze der Lohn noch viel schlechter ist. Wenn über die Kürzungen beim Sozialetat gesprochen wird, so vergisst man immer, dass die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung doch auch die Arbeitgeber um hohe Beiträge belastet, die man eigentlich als Steuermehrleistungen betrachten kann. Die Sanierung der Knappschaftskassen ist die dringendste Aufgabe des nächsten Jahres. Wie das geschehen soll, ist noch nicht geklärt. Die Situation ist dadurch so schwierig geworden, weil das sogenannte Plafondgesetz uns in der Mittelbeschaffung hemmt. Der Bergbau allein kann die Mittel für die Knappschaftssanierung nicht aufbringen. Wenn man den Bergleuten neben den vielen Feierschichten noch Lohnkürzungen auferlegt, dann kann man ihnen nicht gleichzeitig erhöhte Beiträge für die Knappschaft abnehmen. Am nächsten Dienstag wird sich der Sozialpolitische Ausschuss mit diesen Fragen beschäftigen. Der von den Gewerkschaften vorgeschlagene Weg der Kohlen-Abgabe ist erst gangbar, nachdem das europäische Kohlenabkommen zustande gekommen ist. Auch der sozialdemokratische Antrag, auf die Industriebelastung zurückzugreifen, ist im Jahre 1931 nicht durchführbar, weil für dieses Jahr die Industriebelastung ja auch für die Osthilfe noch garnichts aufbringt. Für 1931 geht es nur so, dass das Reich, die Invalidenversicherung, die Angestelltenversicherung und die Bergleute gemeinsam Opfer bringen. Mit der Reform der Arbeitslosenversicherung müssen wir uns weiter beschäftigen. Die Angestellten wünschen Ersatzkassen, aber so einfach ist die Sache nicht. Wenn in dem Augenblick, wo das Reich der Arbeitslosenversicherung keine Mittel mehr gibt, auch die besten Risiken aus der Versicherung ausscheiden, dann müssten ja die Zurückbleibenden 15 % ihres Lohnes als Versicherungsbeitrag zahlen. So geht es nicht. Wenn zur Lösung des Wohnungsproblems vorgeschlagen wird, die grossen Wohnungen in kleine umzuwandeln, so wollen wir diese Möglichkeit prüfen; aber es ist zu bedenken, dass solche Umbauten nicht viel billiger sind als der Bau von neuen Wohnungen. Mit der Frage der Ausschaltung ausländischer Arbeiter haben wir uns in der Regierung beschäftigt. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass man nicht von einem Jahr zum andern die Einwanderung solcher Arbeiter ganz verbieten kann. Wir werden aber alle Massnahmen treffen, damit im nächsten Jahre die Zahl dieser Arbeiter sehr stark herabgesetzt werden kann, bis wir sie ganz ausschalten können. Mit einer Ergänzung des Verwaltungsrats der Siedlungsbank bin ich einverstanden.

Abg. Gerlach (Soz):

Die furchtbare Finanznot der Gemeinden entspringt aus der Unterstützung der ausgesteuerten Arbeitslosen in der Wohlfahrtspflege. Diese Fürsorge gehört aber garnicht zu den Pflichtaufgaben der Gemeinden; das ist ein Konstruktionsfehler, der erst durch die jetzige Krise sichtbar geworden ist. Unsere Fraktion hat seit 2 Jahren stets darauf hingewiesen; Kurzsichtige und Zweckpolitiker haben aber immer davon abgelenkt, und die Verschwendungssucht der Gemeinden als Hauptursache der Finanzschwierigkeiten hingestellt. Die Wohlfahrtsausgaben sind aber gewiss nicht aus Verschwendungssucht entsprungen. Als Beispiel verweise ich auf Düsseldorf, wo die Ausgaben für die Wohlfahrts-erwerbslosen von 36 % im Jahre 1927 auf 70 % aller Wohlfahrtsleistungen im Jahre 1930 gestiegen sind. Die gesamten Wohlfahrtslasten dieser Stadt von 500 000 Einwohnern durch die Erwerbslosigkeit sind in der gleichen Zeit von $4\frac{1}{2}$ auf 12 Millionen

im Jahr gestiegen. (Hört! hört!) Wenn eine wesentliche Entlastung nicht eintritt, muss die Stadt diese Zahlungen einstellen!

Die Mittel der neuen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, d.h. für werbeschaffende Arbeitslosenfürsorge, sollen im Wesentlichen aus den Rückzahlungen der Gemeinden für früher erhaltene Darlehen kommen. Wenn aber die Gemeinden nichts zurückzahlen können, wird auch diese Gesellschaft werbeschaffende Arbeitslosenfürsorge nicht treiben können. (Sehr wahr!)

Immer mehr Gemeinden versuchen, durch Beschäftigung der Erwerbslosen als Fürsorgearbeiter sie wieder in die Versicherung zurückzuführen. Wir haben durch Verständnis dafür, dass die Gemeinden einen Ausweg aus ihrer Not suchen, aber das darf nicht zu Lasten der Arbeiter und der Hilfsbedürftigen geschehen. Der Gesamtverband der Arbeiter in öffentlichen Betrieben hat festgestellt, dass immer mehr Gemeinden Fürsorgearbeit ausgeben, statt die Arbeiter in den einzelnen Betrieben unterzubringen. Um einen Ausweg aus diesen unerträglichen Zuständen zu beschreiten, fordert eine vom Haushaltsausschuss auf unseren Antrag gefasste Entschliessung die Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Beseitigung des erwähnten Konstruktionsfehlers und dadurch auch der schlimmsten Not der Gemeinden. Der Einwand, dass davon hohe Kosten entstehen würden, kann umso weniger durchschlagen, als die Etatsmittel für die Krisenfürsorge ohnedies nicht ausreichen werden. Schnelle Hilfe ist aber notwendig. Es kann mit dieser brennenden Frage nicht gewartet werden, bis die berühmte Gutachterkommission eine Lösung findet. Auf diese Kommission setzen wir keine Hoffnungen; sie sollte diese Frage überhaupt nicht anfassen, sondern der Reichstag sollte die vom Ausschuss angenommene Entschliessung als Richtschnur für die Reichsregierung beschliessen. Jeder Tag der Verzögerung führt näher zum Zusammenbruch der Gemeinden. Gehen Sie den Ausweg, den wir gezeigt haben! (Beifall der Soz.)

Abg. Servais (Ztr) beklagt gleichfalls die schwere Finanznot, in die die Gemeinden durch die ungeheure Steigerung der Wohlfahrtslasten geraten seien. Diese Not habe nichts zu tun mit einer angeblich verschwenderischen Wirtschaft der Gemeinden. Die bisher zur finanziellen Gesundung der Gemeinden getroffenen Massnahmen hätten sich als ganz unzureichend erwiesen. Den notleidenden Gemeinden im industriellen Westen müsse schleunigst geholfen werden. Darüber hinaus sei die Verbindung der Krisenfürsorge mit der Wohlfahrtsfürsorge notwendig.

Abg. Freidal (Wirtschaftspt.) erörtert die besonderen Schwierigkeiten im Baugewerbe und fordert, dass auch den Bauhandwerkern die Möglichkeit wieder gegeben werde, sich in gemeinnützigen Baugenossenschaften zu betätigen.

Nach 3 Uhr wird die Weiterberatung auf Montag, 2 Uhr, vertagt. Auf der Tagesordnung steht u.a. die 3. Beratung des Genfer Abkommens.